

TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: kober.klemens@dihk.de | www.dihk.de

DIHK-Trade-News

Inhalt

Update	3
DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer zum vorläufigen Inkrafttreten von CETA am 21. September 2017	3
Rede zur Lage der Union 2017- Initiativen zur EU-Handelspolitik.....	3
EU-Kommission schlägt Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland vor	3
EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen seit 01.09.2017 in vollem Umfang in Kraft.....	4
Französischer Verfassungsrat gibt grünes Licht für CETA.....	4
Belgien legt Fragen zum Investitionsgerichtshof in CETA dem EuGH vor	4
Bericht über 14. Verhandlungsrunde zum EU-China-Investitions-Abkommen vorgelegt	5
Weitere Papiere zur Modernisierung des EU-Mexiko-FTAs veröffentlicht	5
EU verhängt weitere Sanktionen gegen Russland	5
„ICC-WTO-Small Business Champions“-Initiative eingeführt – Ausschreibung eröffnet	5
WTO-Erfolg der EU in Streit über brasilianische Steuerzuschüsse	6
Vorläufige Anti-Dumping Zölle auf chinesische Stahlprodukte verhängt	6
EU initiiert globale Allianz gegen Handel mit Folterinstrumenten	6
Fünfte Verhandlungsrunde zwischen EFTA-Staaten und Türkei.....	6
Zweite Verhandlungsrunde EFTA-Mercosur Freihandelsabkommen	7
Ressourcen	7
Infobrief des Bundestags zum EuGH-Singapur-Gutachten	7
Ifo-Studie zur Umorientierung der US-Handelspolitik.....	7
EU-Chefökonom zur Zukunft des Dienstleistungshandels	8
IW Köln warnt vor strengen Sozialstandards in Freihandelsabkommen.....	8
EP-Briefing zur Überarbeitung der Gesetzgebung zur Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck	8
Bundesregierung unterstützt Handelsabkommen mit Afrika.....	8
Bundesregierung unterstützt Handelsabkommen mit Japan	8

Neuer Welthandelsbericht der WTO erschienen	9
RGIT's Corner – News aus Washington.....	9
USTR Lighthizer stellt Ziele der US-Handelspolitik dar	9
Trump stellt bei UN-Generalversammlung Prinzipien der US-Außen- und Handelspolitik vor	9
Zweite NAFTA-Verhandlungsrunde abgeschlossen.....	10
Asia Corner – News aus Singapur	10
Singapur-Indonesien Investitionsabkommen	10
5. Verhandlungsrunde Singapur-Sri Lanka Freihandelsabkommen.	10
5. Ministerkonferenz des Regional Comprehensive Economic Partnerships (RCEP).....	10
19. Verhandlungsrunde des Regional Economic Partnership Agreements	11
Kanada-Indien Freihandelsverhandlungen wiederbelebt	11
Verhandlungsstart Indien-Peru Freihandelsabkommen	11

Update

DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer zum vorläufigen Inkrafttreten von CETA am 21. September 2017

"Vor dem Hintergrund des weltweit zunehmenden Protektionismus wird es wichtiger, für offene Märkte zu streiten und internationale Zusammenarbeit zu gestalten. Moderne Handelsabkommen wie das EU-Kanada-Abkommen CETA helfen, Märkte zu erschließen und sind daher für unser Wirtschaftsmodell von großer Bedeutung. Mit dem vorläufigen Inkrafttreten von CETA setzt die EU auch in den transatlantischen Beziehungen ein starkes Signal. Es ist wichtig, dass die EU gerade jetzt bei der Frage weltweit offener Märkte mit Partnern vorangeht. Moderne Abkommen wie CETA liefern gute Argumente: Sie eröffnen neue Marktchancen und sichern dabei europäische Errungenschaften wie Standards beim Verbraucher- oder Umweltschutz. Die EU braucht sich in Sachen Handelspolitik nicht zu verstecken - sie kann die Globalisierung positiv mitgestalten."

Rede zur Lage der Union 2017- Initiativen zur EU-Handelspolitik

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in seiner Rede zur Lage der Union 2017 am 13.09.2017 unter dem Titel „[Den Wind in unseren Segeln nutzen](#)“ auch seine Vision der europäischen Handelspolitik vorgestellt. In seiner Rede vor dem Europaparlament betont Juncker vor allem die Wichtigkeit von stärkeren Transparenzmaßnahmen im Zuge von Verhandlung zu Freihandelsabkommen. Die Kommission wolle daher zukünftig alle Entwürfe für Verhandlungsmandate zur Vorlage beim Rat veröffentlichen und eine Beratungsgruppe für EU-Handelsabkommen schaffen. Zu den Vorschlägen Junckers gehört zudem ein europäischer Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen, die Empfehlung an den Rat für die Aufnahme von Verhandlungen über Handelsabkommen mit Australien und Neuseeland, sowie zur Aufnahme von Verhandlungen über die Gründung eines multilateralen Gerichtshofs für die Regelung von Investitionsstreitigkeiten. Hinzu kommt die Mitteilung „[Eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik – Meistern der Globalisierung](#)“ sowie ein [Bericht über die Fortschritte, die im Rahmen der EU-Handelsstrategie](#) „Handel für alle“ zwei Jahre nach ihrer Umsetzung erzielt worden sind.

EU-Kommission schlägt Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland vor

Die EU-Kommission hat am 13.09.2017 [mehrere Dokumente](#) bezüglich der geplanten Verhandlung von Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland veröffentlicht. Dazu gehören jeweils eine Empfehlung für ein Ratsmandat zur Aufnahme von Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit beiden Staaten sowie eine dazugehörige Folgenabschätzung. Wie auch in der Mitteilung der Kommission „Handel für alle“ beschrieben, verbinde die Europäische Union mit Australien und Neuseeland bereits jetzt eine enge Partnerschaft. Stärkere wirtschaftliche Beziehungen können eine verstärkte Einbindung in größere asiatisch-pazifische Wertschöpfungsketten ermöglichen. Kommissionspräsident Juncker hatte sich in seiner Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament an prominenter Stelle für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland ausgesprochen.

EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen seit 01.09.2017 in vollem Umfang in Kraft

Das [EU-Ukraine Assoziierungsabkommen](#) war am 27.06.2014 unterzeichnet worden und seitdem vonseiten der Ukraine sowie der EU samt EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert worden. Seit dem 01.01.2016 wurde es bereits vorläufig angewendet, bevor es nun zum 01.09.2017 endgültig in Kraft trat. Schon während der übergangsweisen Anwendung wurden 95% der Zölle beseitigt und im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe und des Wettbewerbs Fortschritte verzeichnet. Das Abkommen öffnet gegenseitig den Marktzugang und treibt in der Ukraine die Angleichung von Gesetzen, Standards und Vorschriften an europäische und internationale Normen voran.

Französischer Verfassungsrat gibt grünes Licht für CETA

Ende Juli hat der französische Verfassungsrat verkündet, [keinerlei Einwände gegen das Freihandelsabkommen CETA](#) zu haben. Das EU-Kanada Abkommen wurde diesem im Februar 2017 durch die französische Nationalversammlung vorgelegt. Es war das erste Mal, dass der französische Verfassungsrat direkt bezüglich eines EU-Freihandelsabkommens befragt worden war. Die französische Regierung wartet nun auf die Ergebnisse einer in Auftrag gegebenen Studie über die Auswirkungen des Abkommens auf soziale und ökologische Standards.

Belgien legt Fragen zum Investitionsgerichtshof in CETA dem EuGH vor

Belgien beantragt ein EuGH-Gutachten zur Vereinbarkeit des neuen Investitionsgerichtshofs (Investment Court System, ICS) im Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) mit den EU-Verträgen. Damit erfüllt die belgische Regierung eine Vereinbarung mit den belgischen Gebietskörperschaften, die bereits im Rahmen der Einigung zur Unterzeichnung von CETA im Oktober 2016 im Grundsatz getroffen wurde. Vier Schwerpunkte sieht die belgische Regierung laut ihrer [Pressemitteilung](#) im Hinblick auf die Prüfung der Vereinbarkeit mit Unionsrecht:

1. Die ausschließliche Zuständigkeit des EuGHs zur abschließenden Auslegung des Unionsrechts
2. Der Gleichheitsgrundsatz und die praktische Wirksamkeit des Unionsrechts
3. Das Recht auf Zugang zu Gerichten
4. Das Recht auf eine unabhängige und neutrale Gerichtsbarkeit.

In Bezug auf den vierten Aspekt sieht die belgische Regierung Klärungsbedarf, v.a. hinsichtlich der Ernennung, Entlassung und Bezahlung der Richter sowie der Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenskonflikten. All diese Fragen waren auch im Rahmen des EuGH-Gutachtens zum EU-Singapur-Abkommen offengeblieben, weil es dort nur um die Zuständigkeitsverteilung gegangen war. Dabei betonte die belgische Regierung, dass sie selbst keine Position dazu einnimmt, ob ein Verstoß gegen Unionsrecht vorliegt oder nicht. Das Thema ist unter Experten streitig. Es sprechen jedoch gute Argumente für die Ansicht der Kommission und des Rats, wonach ICS mit den Verträgen vereinbar ist. CETA ist am 21.09.17 vorläufig in Kraft getreten. Das Investitionsschutzkapitel ist hiervon jedoch nicht berührt, weil es

in geteilter Zuständigkeit liegt und deshalb auf die Ratifikation durch alle Mitgliedsstaaten gewartet wird. Von Bedeutung wird die Entscheidung des EuGHs auch für die Pläne für einen multilateralen Investitionsgerichtshof sein, für die die Kommission derzeit weltweit wirbt und ein Mandat vom Rat erbeten will. Eine Entscheidung dürfte jedoch nicht vor 2019 fallen.

Bericht über 14. Verhandlungsrunde zum EU-China-Investitions-Abkommen vorgelegt

Die Kommission legte Ende Juli einen [Bericht](#) über die 14. Verhandlungsrunde des EU-China-Investitions-Abkommens vor. Die Verhandlungen hatten vom 11. bis zum 14. Juli in Brüssel stattgefunden. In dem Bericht lobt die Kommission das konstruktive Vorgehen bei Kernthemen der Verhandlungen und erkennt Fortschritte in der Kompromissfindung bei kritischen Fragen an. Während der Verhandlungsrunde wurden die Überwachung des Lizenzierungs- und Qualifizierungsprozesses und ausführliche Transparenzrichtlinien für Investoren in Europa und China thematisiert. Zudem fand hinsichtlich der Begriffsbestimmung von Investitionen ein Meinungs austausch zu den verschiedenen Investitionsformen statt. Außerdem fand, auf Grundlage der Verhandlungen und Bedingungen zu rechtmäßiger Enteignung, ein weiterer Austausch zu den Modalitäten indirekter Enteignung statt. Die nächste Verhandlungsrunde findet Anfang Oktober in Peking statt.

Weitere Papiere zur Modernisierung des EU-Mexiko-FTAs veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat im Juli weitere Textvorschläge der Verhandlungen zur Modernisierung des EU-Mexiko-FTAs veröffentlicht. Diese Dokumente betreffen Themen wie [Telekommunikationsdienstleistungen](#) und [technische Handelshemmnisse](#). Schon seit Mai sind Papiere unter anderem zu den Themen Ursprungsregeln, Energie und Rohstoffen, Investitionen und Handel mit Dienstleistungen öffentlich zugänglich.

EU verhängt weitere Sanktionen gegen Russland

Die Europäische Union hat am 04.08.2017 die Liste der Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation ausgeweitet. Die [Erweiterung der Maßnahmen](#) beinhalten nun je drei weitere russische Unternehmen und Staatsbürger. Die einzelnen restriktiven Maßnahmen, unter anderem Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten, betreffen nun insgesamt 40 Körperschaften bzw. Unternehmen und 153 Einzelpersonen. Schon im Juni verlängerte der Europäische Rat per Beschluss die sektoralen Wirtschaftssanktionen der EU gegenüber Russland bis zum 31.01.2018. Diese betreffen unter anderem den Zugang zu europäischen Kapitalmärkten für bestimmte russische Finanzinstitute, Energie- und Rüstungsunternehmen sowie ein Waffenembargo. Bezüglich der Krim und Sewastopol bleiben zudem Investitions- und Handelsbeschränkungen vorerst bis zum 23.06.2018 in Kraft.

„ICC-WTO-Small Business Champions“-Initiative eingeführt – Ausschreibung eröffnet

Am 16.08.2017 stellten der General-Direktor der WTO Roberto Azevêdo und der Generalsekretär des ICC John Danilovich die [gemeinsame Initiative](#) „ICC-WTO Small Business Champions“ vor, welche kleineren Unternehmen die Beteiligung am internationalen Handel erleichtern soll. Mit dieser Initiative soll das Bewusstsein für Hemmnisse, denen KMU bei in-

ternationalem Handel begegnen, gestärkt sowie Erfahrungen und Erfolgsgeschichten international tätiger Unternehmen hervorgehoben werden. Ein weiteres Ziel ist, bereits international tätigen KMUs den Zugang zu und die Ausbildung von wichtigen Kenntnissen und Fertigkeiten für diesen Bereich zu ermöglichen, um sie bei der Diversifizierung ihres Absatzmarktes zu unterstützen. Die Ausschreibung richtet sich u.a. an Sensibilisierungskampagnen, Wettbewerbe und Maßnahmen zur Kapazitätsentwicklung sowie Ausbildungs- und Mentorenprogramme.

WTO-Erfolg der EU in Streit über brasilianische Steuerzuschüsse

Am 30.08.2017 gab die WTO der EU in dem [Verfahren](#) recht, das diese im Dezember 2013 gegen die umfangreichen brasilianischen Import- und Exportleistungs-Subventionen angestrengt hatte. Der WTO-Beschluss bestätigt die Unrechtmäßigkeit des brasilianischen Steuersystems, welches EU-Produkte aus der Automobil-, der IKT- und der Elektroindustrie benachteiligt. Die Entscheidung betraf auch steuerliche Anreize, die brasilianische Firmen bei der Erfüllung bestimmter Exportleistungsanforderungen genießen.

Vorläufige Anti-Dumping Zölle auf chinesische Stahlprodukte verhängt

Die Europäische Kommission hat sich nach achtmonatigen Ermittlungen für die vorläufige [Einführung](#) von Anti-Dumpingzöllen auf korrosionsbeständige Stahlprodukte aus China entschieden. Um den Druck auf die Europäische Industrie zu reduzieren und Wettbewerbsgleichheit für EU-Stahl zu garantieren, werden auf diese Produkte zunächst Zollsätze von bis zu 28,5% gelten. Innerhalb des nächsten halben Jahres wird die Kommission entscheiden, ob diese Zolltarife auch langfristig angewendet werden sollen. Während dieses Zeitrahmens besteht die Möglichkeit, Stellungnahmen zu dieser Entscheidung einzubringen. Die Ermittlungen waren in Reaktion auf eine Beschwerde der Europäischen Stahl-Industrie im Dezember 2016 eingeleitet worden und beziehen sich auf Produkte, welche häufig im Baugewerbe, bei der Produktion von geschweißten Rohren und der Fertigung von Haushaltsgeräten verwendet werden. Die Kommission hat eigens zu diesem Fall eine [Website](#) mit allen wichtigen Informationen erstellt.

EU initiiert globale Allianz gegen Handel mit Folterinstrumenten

Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat am 07.09.2017 die gemeinsame [Initiative](#) mit Argentinien und der Mongolei für eine internationale Allianz zur Beendigung des Handels mit potenziellen Folterinstrumenten in Brüssel vorgestellt. Bei dem offiziellen Auftakt der Initiative am 18.09.2017 im Sitz der Vereinten Nationen werden voraussichtlich circa 50 UN-Mitgliedsstaaten eine gemeinsame politische Erklärung unterzeichnen. Damit verpflichten sich diese Staaten, für Kontrollen und Handelsbeschränkungen potenzieller Folter- und Hinrichtungsinstrumente zu sorgen.

Fünfte Verhandlungsrunde zwischen EFTA-Staaten und Türkei

Vom 22. bis 25.08.2017 fand die [fünfte Verhandlungsrunde](#) zwischen EFTA-Staaten und Türkei zur Modernisierung und Ausweitung des bestehenden Freihandelsabkommens statt.

Die Verhandlungen betrafen vor allem die folgenden Bereiche: Güterhandel, handelspolitische Schutzmaßnahmen, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen, Handel mit Dienstleistungen, Rechte des geistigen Eigentums, rechtliche und horizontale Angelegenheiten sowie Streitschlichtungsverfahren. Die nächste Verhandlungsrunde ist noch vor Jahresende geplant.

Zweite Verhandlungsrunde EFTA-Mercosur Freihandelsabkommen

Vom 29.08. bis zum 01.09.2017 haben sich die Delegationen der EFTA- und Mercosur-Staaten für eine zweite [Verhandlungsrunde](#) in Genf zusammengefunden. Adressiert wurden hier Themen wie Güterhandel, Ursprungsregeln und Handelserleichterungen, Handel mit Dienstleistungen, Investitionen und nachhaltige Entwicklung. Bis zur nächsten offiziellen Verhandlungsrunde ist in der Zwischenzeit für den Herbst dieses Jahres bereits ein Treffen mit Experten und Regierungsvertretern geplant. Die Verhandlungen der vier EFTA-Staaten und der vier Mercosur-Staaten waren auf ministerieller Ebene im Januar 2017 begonnen und innerhalb einer ersten Verhandlungsrunde bereits im Juni in Argentinien konkretisiert worden.

Ressourcen

Infobrief des Bundestags zum EuGH-Singapur-Gutachten

Der Deutsche Bundestag hat im Juli 2017 einen [Infobrief](#) zum Gutachten des EuGHs über das EU-Freihandelsabkommen mit Singapur (EUSFTA) vorgelegt. Darin wird auf die Zuständigkeitsverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten sowie der Beteiligung des Bundestages am Zustandekommen von EU-Freihandelsabkommen der „neuen Generation“ eingegangen. Der EuGH hatte im Mai 2017 entschieden, dass Freihandelsabkommen, die auch den Schutz von Portfolioinvestitionen und Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen umfassen, nur gemeinsam von EU und Mitgliedstaaten als gemischtes Abkommen abgeschlossen werden können. Für den Investitionsschutz bestehe eine geteilte Zuständigkeit, sodass auch die Mitgliedstaaten das Abkommen ratifizieren und dafür regelmäßig auch ihre nationalen Parlamente einschalten müssten.

Ifo-Studie zur Umorientierung der US-Handelspolitik

Laut einer von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebenen [Studie](#) des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung würden Abschottungsmaßnahmen der USA vor allem die eigene Wirtschaft schwächen. Importzölle und andere Handelshemmnisse würden zu einem Rückgang der amerikanischen Exporte und der eigenen Wirtschaftsleistung um 2,3 % (415 Mrd. Dollar) führen. Im Falle einer Einführung von Zöllen, technischen Auflagen und Dokumentationspflichten gegenüber Mexiko und Kanada würde das Pro-Kopf-Jahreseinkommen in den USA auf lange Sicht um 0,2 % sinken. Mit einer Verringerung um 1,5 % wären die Auswirkungen für Kanada allerdings noch stärker. In Deutschland sei hingegen ein Exportzuwachs von 3,2 % zu erwarten. Wenn die USA allerdings den durch neue Zölle gegenüber allen Handelspartnern ihre Importe um 20 % verteuern würden, gingen US-Exporte in die meisten Länder um 40 bis 50 % zurück.

EU-Chefökonom zur Zukunft des Dienstleistungshandels

Die Liberalisierung des Handels von in Gütern beinhalteten Dienstleistungen könnte bis 2025, ein globaler BIP-Zuwachs von bis zu 300 Mrd. Euro und eine Erhöhung des Welthandelsvolumens um 500 Mrd. Euro bewirken. Dies geht aus einem [Forschungspapier](#) des Chefökonom Generaldirektion Handel in der EU-Kommission, Lucian Cernat, hervor. Bisher haben veraltete Regeln des WTO-Handelssystems nicht mit der Zunahme von in Gütern integrierter Dienstleistungen Schritt gehalten.

IW Köln warnt vor strengen Sozialstandards in Freihandelsabkommen

Das IW Köln bezieht in einem [Kurzbericht](#) vom 01.09.2017 Stellung zu aktuellen Diskussionen zur Modernisierung von Nachhaltigkeitskapiteln in EU-Freihandelsabkommen. Das IW Köln kommt zu dem Schluss, dass die Aufnahme von grundlegenden Arbeits- und Sozialnormen mit Sanktionsmechanismen in EU-Freihandelsabkommen den komparativen Lohnkostenvorteil von Entwicklungsländern gefährden würde und dies auf lange Sicht aufgrund der erhöhten Lohnkosten zur Schließung von dortigen Produktionsstandorten führen könnte.

EP-Briefing zur Überarbeitung der Gesetzgebung zur Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck

Der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 24.07.2017 ein [Informationsdokument](#) über die Überarbeitung der Gesetzgebung zur Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck veröffentlicht. Die Reform dieser Gesetzgebung befindet sich auf europäischer Ebene derzeit im Legislativprozess.

Bundesregierung unterstützt Handelsabkommen mit Afrika

Die Bundesregierung unterstützt Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika. Dies erklärte sie in ihrer [Antwort](#) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 24.08.2017. Diese Abkommen ermöglichen einen besseren Zugang zu Investitionsgütern und Vorprodukten, würden so zu der Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und dadurch zur Reduzierung von Armut führen. Insgesamt müsse der Aufbau von fairen Handelsbeziehungen der EU mit Afrika im Vordergrund stehen. Durch gezielte Begleitung und Unterstützung der afrikanischen Partner könne man so eine neue und bessere Grundlage für die Zusammenarbeit erreichen.

Bundesregierung unterstützt Handelsabkommen mit Japan

Die Bundesregierung unterstützt die EU-Freihandelsverhandlungen mit Japan und geht von positiven Auswirkungen des Abkommens aus. Dies erklärte sie in ihrer [Antwort](#) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.08.2017. Die Bundesregierung betont insbesondere, dass mit dem erfolgreichen Abschluss des Freihandelsabkommens neue Marktchancen für beide Seiten verbunden wären. Sensible Agrarbereiche könnten im Sinne des Schutzes von bestimmten Sektoren und der Ausgewogenheit des Abkommens von der umfassenden Liberalisierung ausgenommen werden.

Neuer Welthandelsbericht der WTO erschienen

Die WTO veröffentlichte kürzlich den „[World Trade Statistical Review 2017](#)“. In diesem geht sie auf Entwicklungen des Welthandels im Jahr ein und gibt einen Ausblick auf erwartete Entwicklungen im Jahr 2017. Zudem werden jüngste Entwicklungen bei dem Einsatz von handelsbeschränkenden und -fördernden Maßnahmen untersucht. Neben dem analytischen Teil, werden im Anhang des Berichtes über 60 Tabellen mit umfassenden Daten zu verschiedenen Aspekten des weltweiten Handels mit Gütern und Dienstleistungen bereitgestellt.

RGIT's Corner – News aus Washington

USTR Lighthizer stellt Ziele der US-Handelspolitik dar

Im Rahmen einer Veranstaltung des Center for Strategic and International Studies (CSIS) stellte der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer am 18.9. [seine Prioritäten für die US-Handelsagenda](#) vor. Im Fokus standen dabei vor allem China und die Welthandelsorganisation WTO. Er führte aus, die Unterstützung für Freihandel sei in der US-amerikanischen Bevölkerung über Jahrzehnte kontinuierlich gesunken, daher sei der Auftrag und der Wille der neuen Administration, andere Ansätze zu verfolgen als die Vorgänger. Den neuen Ansatz beschrieb er als proaktiv, um zielgerichtet gegen Marktverzerrungen vorzugehen und Reziprozität einzufordern. Auch unterstrich er, dass die Administration bilaterale Freihandelsabkommen pluri- und multilateralen Vereinbarungen vorzöge, da man so bessere Deals zugunsten der USA bewirken könne und insbesondere auch bessere Durchsetzungsmöglichkeiten hätte. Weiterhin führte er aus, dass er von der WTO-Ministerkonferenz in Buenos Aires keine verhandelten Ergebnisse, sondern nur eine allgemeine Standortbestimmung erwarte. Er kritisierte den WTO Appellate Body für die seiner Meinung nach zu weiten Auslegungen des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade). Chinas Handelspraktiken sehe er als Bedrohung für das Welthandelssystem und die WTO sei nicht in der Lage, effektiv gegen diese vorzugehen, so Lighthizer weiter. Er wünsche sich hier eine enge Kooperation mit der EU und sähe auch noch Potenzial für einen weiteren Ausbau des transatlantischen Handels, den er bereits jetzt als sehr bedeutend einstufte.

Trump stellt bei UN-Generalversammlung Prinzipien der US-Außen- und Handelspolitik vor

In seiner ersten Rede vor der UN-Generalversammlung betonte US-Präsident Donald Trump das Prinzip der Souveränität und starker Nationen. Er nutzte die Rede, um die Grundprinzipien seiner Außenpolitik darzulegen: Er strebe eine Realpolitik an, welche sich auf Ergebnisse fokussiere. Von anderen Ländern erwarte er vor allem zwei Dinge: Respekt für die Interessen der eigenen Bevölkerung und die Wahrung der Rechte jedes anderen souveränen Staates. Während die Trump-Administration im Vorfeld die Kooperation mit China und Russland zu den neuen Nordkorea-Sanktionen begrüßt hatte, unterstrich Trump, dass dies lediglich ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sei. Deutlich kritisierte Trump das Nuklearabkommen mit dem Iran. Alle 90 Tage muss das US-Außenministerium gegenüber dem Kongress zertifizieren, dass Iran seine Verpflichtungen aus dem Nuklearabkommen einhält. Die

nächste Deadline hierfür ist der 15. Oktober. Die Frage, ob seine Administration das Abkommen erneut zertifizieren werde, ließ Präsident Trump auf Nachfrage von Journalisten am Rande der UN-Vollversammlung offen. Auch die US-Handelspolitik wurde am Ende der Rede erwähnt. Der Präsident wiederholte seine Kritik zu multilateralen Handelsabkommen, ISDS (Investor-state dispute settlement), globaler Bürokratie und nicht näher angegebenen Ländern, welche das Handelssystem zu ihren Gunsten ausgespielt und dadurch amerikanische Jobs und die US-Produktionsbasis zerstört hätten.

Zweite NAFTA-Verhandlungsrunde abgeschlossen

Nach der ersten Verhandlungsrunde Mitte August in Washington, DC, ist die zweite Verhandlungsrunde, die vom 01. bis 05.09.2017 in Mexiko-Stadt stattfand, abgeschlossen. In dieser zweiten Runde haben alle Verhandlungsparteien schon erste Textvorschläge eingebracht, welche zum Teil auch bereits in ein konsolidiertes Dokument übertragen wurden. Besonders die Themen Investitionsschutz, Vorschriften zu Nutzung handelspolitischer Schutzinstrumente sowie durchsetzbare Arbeitsrechtsbestimmungen bieten jedoch weiterhin Diskussionspotenzial. Auch die Frage bezüglich der Ursprungsregelungen bleibt weiterhin kritisch und wird voraussichtlich erst während der dritten Verhandlungsrunde Ende September in Ottawa (Kanada) besprochen. Alle drei Parteien betonten aber zum Ende dieser Verhandlungsrunde erneut, dass man an der Zielsetzung eines Abschlusses der Verhandlungen bis Ende des Jahres festhalten werde. Vor dem Beginn der Verhandlungen hatte RGIT die Ziele der US-Administration in einer [Übersicht](#) zusammengefasst.

Asia Corner – News aus Singapur

Singapur-Indonesien Investitionsabkommen

Am 07.09.2017 hatte der Singapurische Premierminister bekanntgegeben, dass Singapur und Indonesien an einem neuen Investitionsabkommen arbeiten werden. Das letzte Investitionsabkommen zwischen den zwei Partnerländern wurde am 21.06.2006 terminiert.

5. Verhandlungsrunde Singapur-Sri Lanka Freihandelsabkommen.

Sri Lanka und Singapur haben die 5. Verhandlungsrunde des Sri Lanka Singapur Freihandelsabkommens (SLSFTA) erfolgreich abgeschlossen. Das Abkommen soll voraussichtlich im Oktober 2017 unterschrieben werden.

5. Ministerkonferenz des Regional Comprehensive Economic Partnerships (RCEP)

Am 10.09.2017 fand die 5. Ministerkonferenz des Regional Comprehensive Economic Partnerships (RCEP) in Manila statt. Auf der Konferenz wurden die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen/Sub-Komitees besprochen. Ziel der Ministerkonferenz war es u.a., Lösungen für politisch hochsensible Probleme der letzten RCEP Verhandlungsrunden zu finden. Das Treffen wurde von Protesten der Zivilgesellschaft gegen RCEP begleitet.

19. Verhandlungsrunde des Regional Economic Partnership Agreements

Vom 24. bis zum 28.07.2017 fand die 19. Verhandlungsrunde des RCEPs im indischen Hyderabad statt. Während der Verhandlungsrunde konnte wenig Fortschritt erzielt werden. Verhandlungen im Warenbereich stellen sich als besonders kompliziert heraus. Ziel der RCEP Mitglieder ist es, 92 % aller Zölle abzuschaffen. Auch wurde vorgeschlagen, dass 75 % aller verbleibenden Zölle auf 5 % reduziert werden sollen. Indien möchte sich jedoch auf den Abbau von 80 % aller Zölle beschränken. Laut der Confederation of Indian Industrie (CII) seien die indische Industrie sowie der indische Agrarsektor noch nicht bereit, eine tieferegreifende Marktliberalisierung einzugehen. Des Weiteren fordert Indien Abweichungen im Rahmen der Marktöffnung in Bezug auf bestimmten Waren gegenüber China, Australien und Neuseeland. Ebenso setzt sich Indien für eine stärkere Liberalisierung im Dienstleistungsbereich ein, was andere Verhandlungspartner kritisch sehen. Die Handelsminister der 16 RCEP Mitgliedsstaaten werden sich im September in den Philippinen treffen, um ausstehende Uneinigkeiten zu diskutieren. Darauf soll Mitte Oktober die 20. Verhandlungsrunde in Südkorea stattfinden

Kanada-Indien Freihandelsverhandlungen wiederbelebt

Am 16.11.2010 hatten Kanada und Indien offiziell begonnen, das Comprehensive Economic Partnership Agreement (CEPA) miteinander zu verhandeln. Die Partnerländer verhandelten unter anderem Marktzugang im Waren- und Dienstleistungsbereich, Ursprungsregeln, Handelserleichterungen sowie Provisionen bezüglich technischer Handelshemmnisse und gesundheitspolitischer und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen. Nach der neunten Verhandlungsrunde vom 19.-20.03.2015 wurden die Verhandlungen jedoch nicht weitergeführt. Nun haben die Verhandlungspartner beschlossen, das Abkommen wiederaufleben zu lassen. Am 21.08.2017 traf eine kanadische Handelsdelegation in Neu-Delhi ein, um das CEPA zu verhandeln. Laut einer gemeinsamen Studie der kanadischen und der indischen Regierung werden beide Handelspartner von dem Abkommen profitieren. Kanadas Exportvolumen soll demnach zwischen 39 % und 47 % wachsen, während Indiens Handelsvolumen voraussichtlich zwischen 32 % und 60 % steigen wird.

Verhandlungsstart Indien-Peru Freihandelsabkommen

Am 07.08.2017 hatten Indien und Peru beschlossen, ein Freihandelsabkommen miteinander zu verhandeln. Das Abkommen soll den bilateralen Handel im Waren und Dienstleistungsbereich verbessern. Die beiden Partner haben zudem beschlossen ein Investitionskapitel in die Verhandlungen zu integrieren, um gegenseitige Direktinvestitionen zu fördern. In der ersten Verhandlungsrunde soll der Verhandlungsverlauf festgelegt und Arbeitsgruppen erstellt werden. Diese werden die Konzessionen des Abkommens verhandeln. Das bilaterale Handelsvolumen der Partner belief sich im Jahr 2015 auf 1.52 Mrd. US Dollar. Somit war Peru Indiens drittgrößter Absatzmarkt in Lateinamerika. Laut der Federation of Indian Export Organisation (FIEO) wächst der Handel zwischen Indien und Peru jährlich um 25 %. Ein Freihandelsabkommen würde dies weiterhin fördern und besonders der Automobil-, Textil-, Pharma- und Chemieindustrie zu Gute kommen.



Dies könnte Sie auch interessieren:

Brexit Newsletter

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeische-union/brexit/newsletter>

NewsInternational

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>